

DR13/9188

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9006, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die folgenden Titel des Einzelplanes 06 werden ersatzlos gestrichen:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
06 01	532 07 -011	Veranstaltungen im internationalen Bereich in Ausländer- und Asylangelegenheiten: – Vorsitz bei der Gruppe der informellen Asylkonsultation – Kosten im Zusammenhang mit Verhandlungen über Rücknahmeabkommen – Kosten für Verhandlungen zu Projekten zur Rückführung und Reintegration von ausländischen Flüchtlingen
06 02	686 20 -012	Beiträge an verschiedene Organisationen; hier: Koordinierung zur regionalen Zusammenarbeit in Asyl-, Flüchtlings- und Migrationsfragen
06 10		Fingerabdruckidentifizierungssystem (AFIS); hier: 812 55 – Kosten der Informationstechnik 513 55 – Geschäftsbedarf 515 55 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software und Wartung

06 25		Abschiebungen.
	539 99	Vermischte Verwaltungsausgaben; hier:
	-041	– Flugkosten mittelloser Ausländer, Beschaffung von Heimreisedokumenten
	527 01	– Flug-Reisekosten der BGS-Begleitbeamten
06 25	812 04	Erst- und Ersatzbeschaffung von Waffen und Gerät im Inland, hier:
	-041	– Wärmebildgeräte
		– Nachtsichtbrillen
		– Kohlendioxid-Detektionsgeräte
		– Hilfsmittel körperlicher Gewalt

II. Die folgenden Titel des Einzelplanes 06 werden ebenfalls ersatzlos gestrichen:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
06 02	686 04 -172	Beitrag an das Generalsekretariat der Benelux-Wirtschaftsunion in Brüssel (Durchführung des Schengener Übereinkommens)
06 10	686 05 -042	Leistungen an internationale Organisationen und Leistungen im Zusammenhang mit nationalen Mitgliedschaften:
		– EUROPOL
		– Büro für die zentrale Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem

Bonn, den 25. November 1997

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Zu I.

Die mit diesen Haushaltsmitteln zu finanzierenden Maßnahmen sind Eckpfeiler der Flüchtlings-Abschottungs-Politik der Bundesregierung.

Die hier aufgeführten Haushaltstitel wurden im Vergleich zum Vorjahr z. T. deutlich erhöht (so z. B. die „Besonderen Kosten im Rahmen der grenzpolizeilichen Kontrolle (06 25-539 99-041) von 17,02 Mio. DM (1997) auf 30,9 Mio. DM (1998)).

Aufgrund dieser Politik einer zunehmend militarisierten Flüchtlingsabwehr kam es bereits zu einer Reihe von Todesfällen an den bundesdeutschen Grenzen zu Polen bzw. der Tschechischen Republik. Teilweise sind Flüchtlinge bei ihren verzweifelten Versuchen, in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, in der Oder bzw. der Neiße ertrunken.

Eine grundlegende Neuorientierung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ist dringend erforderlich. Entsprechend sind diese Haushaltsmittel ersatzlos zu streichen.

Zu II.

Die hier bezeichneten Haushaltsmittel sollen dem Ausbau von EUROPOL dienen, einer außerhalb demokratischer Kontrolle arbeitenden Polizeibehörde. Auch im Rahmen des Schengener Übereinkommens wird lediglich auf der Ebene von Regierungszusammenarbeit die verstärkte Abschottung gegenüber Flüchtlingen sowie die – aus bürgerrechtlicher Sicht äußerst bedenkliche – Ausweitung der Überwachung der Bevölkerung durch eine schengenweit intensivierte Polizeikooperation organisiert.

Das Schengener Durchführungsübereinkommen sowie die Vereinbarung über die „European Drug Unit“ sollten gekündigt, die EUROPOL-Konvention nicht ratifiziert werden.

